

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 553

Mittwoch, 5. März 2014

21. Jahrgang

30 Jahre internationale Begleitarbeit in Guatemala

*Ich schreie es laut: Frieden! Und ich schreie es voller Tränen auf meinen Wangen.
Frieden, aufgestanden! Frieden! Frieden, auf die Knie!
Frieden bis zum Ende der Unendlichkeit!
Kein weiteres Wort, kein weiterer Akzent und kein Zittern der Hände mehr.
Einfach nur Frieden! Frieden, Bruder!
Liebe und Frieden zum Leben.*

Rafael Alberti (frei übersetzt)

Am 25. Februar feierte pbi seinen 30. Geburtstag in Guatemala und mit ihnen hunderte von Personen, die sich am Nachmittag zur Eröffnung der Fotoausstellung in Casa Cervantes (Zone 1) einfanden. Darunter sah man viele MenschenrechtsverteidigerInnen, VertreterInnen verschiedener sozialer Organisationen, FreundInnen, Begleitete, Leute aus ländlichen Gemeinden und Indigene, RepräsentantInnen des diplomatischen Corps und der Entwicklungszusammenarbeit sowie der internationalen Solidarität. Mit Musik und Interpretationen von Gedichten von Otto René Castillo und des Corazón Ixil durch Fernando López nahm der Event seinen Auftakt. Dem folgten Reden von Begleiteten bzw. ehemaligen Begleiteten, wie Feliciano Macario und Amílcar Méndez, und von der internationalen Gemeinde, vertreten u.a. durch die Botschafterin der EU, Stella Zervoudaki und dem Repräsentanten der OACNUDH in Guatemala, Alberto Brunori.

30 Jahre Geschichte

Guatemala, 25. Februar 2014. Die Friedensbrigaden (spanisch: *las Brigadas internacionales de la paz*; engl.: peace brigades international) feiern ihren 30. Geburtstag im Land. Aber ist denn eine 30 Jahre andauernde internationale Präsenz in Guatemala eigentlich ein Grund zum Feiern? Denn es bedeutet ja, dass in den letzten 30 Jahren so wenig in Sachen Menschenrechten, Straffreiheit und Demokratie geschehen ist, um ein Ende des *pbi*-Guatemala-Projekts zu rechtfertigen. Andererseits steht die Begleitarbeit, die *pbi* auf physischen, politischen und informativen Niveau leistet auch für 30 Jahre Kampf der guatemalteken Gesellschaft, dem Kampf um die Anerkennung ihrer Rechte, ihrer Würde und letztendlich ihres Lebens.

Drei Freiwillige von *pbi* betraten das Land, als es sich inmitten eines gewaltvollen Konflikts befand und in dem schwere Menschenrechtsverletzungen bei der internationalen Gemeinschaft angezeigt wurden. Es war das Jahr 1983, also 20 Jahre nach Beginn eines Bürgerkrieges, der noch weitere 16 Jahre andauern sollte. *pbi* nutzte damit eine Zeit der „demokratischen Öffnung“, so zumindest nannte sie der damalige de-facto-Präsident José Efraín Ríos Montt (1982-83) und General der Armee. Keine(r) von *pbi* konnte sich damals vorstellen, dass man noch im Jahr 2013 im Land sein würde, das Jahr, in dem gegen genau diesen General ein Prozess wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angestrengt wurde.

Inhaltsverzeichnis

30 Jahre internationale Begleitarbeit in Guatemala.....	1
CICIG erhält weiterhin Unterstützung durch EU und UN	5
Neun mutmassliche Zeta-Mitglieder wegen des Massakers von Los Cocos, Peten, zu je 100 Jahren Haft verurteilt.....	6
AktivistInnen und JournalistInnen leben weiterhin gefährlich.....	6
US-Kongress macht den Weg frei für Entschädigungen der Opfer des Chixoy-Staudamms.....	7

Allerdings legte *pbi* auch eine „Pause“ ein. 1997 wurde das zentralamerikanische Projekt in Guatemala geschlossen. Die politischen Analysen, die *pbi* erstellte, und die Friedensabkommen, die im Dezember 96 unterschrieben wurden und einen „stabilen und dauerhaften Frieden in einem demokratischen Rechtsstaat“ versprachen, führten zu diesem Entschluss. Trotzdem blieben die Fortschritte aus, die einige Abkommen vorsahen, vor allem bezüglich der Verteidigung der Menschenrechte, der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, sowie der Schutz der Umwelt. Jene, die diese Rechte verteidigten, setzten ihr Leben und das ihrer Familien weiterhin aufs Spiel.

Also kehrten *las brigadas internacionales de paz* 2002 zurück, als Antwort auf den Anstieg der Anfragen nach internationaler Begleitung von Seiten der guatemaltekischen, sozialen Organisationen, die Bedrohungen und Übergriffe gegen ihre AktivistInnen aufgrund ihrer Menschenrechtsarbeit anzeigten. Im Folgejahr blieb *pbi* permanent im Land und eröffnete ein neues Projekt mit dem klaren Ziel, bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen zu begleiten. Dieses Projekt gibt es noch immer.

Mit Bildern die Vergangenheit aufleben lassen

Die Fotoausstellung in der sozial-kulturellen Stätte Casa Cervantes (<http://casadecervantes.com/>), die diese 30-jährige Arbeit repräsentativ darstellt, zeigt eine Reihe von Bildern, die neben *pbi*'s Geschichte in Guatemala auch den Mut und die Arbeit der nationalen Zivilgesellschaft gegen die Straffreiheit und Verbrechen der Vergangenheit und Gegenwart aufzeigt, die sozialen Prozesse im Land und die AkteurInnen und ihre Forderungen nach Respekt der Menschenrechte. Anhand einiger Beispiele der Begleitarbeit, die *pbi*-Guatemala in den vergangenen Jahrzehnten leistete, stellvertretend für die Sicht der internationalen Gemeinschaft auf die Situation im Land, soll hier auch dem fernen Leser ein Eindruck vermittelt werden.

Bemerkenswert ist, dass *pbi* ihre Arbeit damit begann, den GuatemaltekinInnen bei der Suche nach den Verschwundenen und Überlebenden der Gewalt des internen bewaffneten Konflikts zu helfen und nun bei der Begleitung jener GuatemaltekinInnen angekommen ist, die bei den Prozessen gegen die Verantwortlichen der Verbrechen, darunter Ríos Montt, eine wichtige Rolle spielen. Im Laufe der Zeit konzentrierte sich die Arbeit von *pbi* in Guatemala neben der Straffreiheit auf Landkonflikte und die Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung, auf die Ausbeutung der Bodenschätze, auf Genderaspekte, Frauen und indigene Rechte, sowie Arbeitsrechte. Letztere beziehen sich vor allem auf LandarbeiterInnen und TextilarbeiterInnen, die intensiv beim ersten Projekt begleitet wurden. Im zweiten Projekt wandelte sich die Problematik Richtung Verteidigung des angestammten Landes und das Recht auf Eigenbestimmung der indigenen Völker. Vor allem hier zeichnet sich deutlich das Aufeinandertreffen der wirtschaftlichen, westlichen Interessen auf die von ihrer Kosmvision geprägten Interessen der Maya-Gemeinden ab.

Allein in den letzten 10 Jahren waren fast 100 Freiwillige in Guatemala und kleideten sich mit der (aktuell roten) *pbi*-Weste. Sie haben Hunderte von sozialen AktivistInnen aus 33 guatemaltekischen Organisationen begleitet. Aus ihren Erfahrungen hat die *pbi* den Schluss gezogen, dass die Verteidigung der verschiedenen Menschenrechte und die Öffnung von sicheren Räumen, in denen die MenschenrechtsverteidigerInnen agieren können, einer interessierten, engagierten und aufmerksamen internationalen Gemeinschaft bedarf. Einer Gemeinschaft, die sich, wenn es hart auf hart kommt, mobilisiert und dadurch Gewaltakte gegenüber den VerteidigerInnen verhindert und dazu beiträgt, dass die Menschenrechte im Land vermehrt geachtet werden.

Einige ausgewählte Beispiele in chronologischer Reihenfolge über die Arbeit im Land

Das erste Projekt

- **1983 Beginn des Projekts: GAM**

Die ersten drei Freiwilligen, Hazel Tulecke, Alain Richard und Pablo Steinfield, richteten sich in der Calle Mariscal 10-10, Zone 1, ein und begannen mit AktivistInnen des Landes in Kontakt zu treten. 1984 lernten sie Familienangehörige von Verschwundenen kennen, hauptsächlich Mütter, Ehefrauen und Schwestern, die dann die Gruppe der gegenseitigen Unterstützung (GAM) gründeten. Diese versammelte sich wöchentlich im Haus von *pbi*.

Am 13. April organisierte die GAM eine Demonstration, um die Ermordung von zwei Mitgliedern öffentlich anzuklagen. Héctor Orlando Gómez Calito (32 Jahre), Sprecher der GAM, verschwand am 30. März 1985 auf dem Weg zu seinem Haus in Amatitlán. Am nächsten Tag fand man seinen Leichnam im Park der Vereinten Nationen mit Folterspuren. María del Rosario Godoy (25 Jahre) fuhr mit ihrem Bruder und ihrem Sohn mit dem Auto von zu Hause fort. Am folgenden Tag fand man ihre Körper nach einem angeblichen Autounfall. Allerdings wiesen die drei Leichen exakt die gleichen Folterspuren auf. Aufgrund dessen begannen die *pbi* die Begleitung von Nineth Montenegro und ihrer Tochter Alejandra sowie weiterer Mitglieder der GAM. Zwei Jahre, nachdem *pbi* in Guatemala ihr erstes Projekt eröffnet hatte, begannen sie also mit der ständigen Begleitung der GAM (1985) und nutzten ihre internationale Präsenz dazu, physi-

scher Gewalt gegen die Mitglieder der Gruppe vorzubeugen. Im Jahr 1989 explodierte eine Bombe im Sitz der GAM und eine Handgranate im Haus von *pbi*. „Dieser „Hinweis“ war ein Zeichen dafür, dass unsere Arbeit einen Sinn hat“, so die damalige *pbi*-Freiwillige Maria Gabriela Serra.

- **1988 Beginn der Begleitung von CONAVIGUA**

Im September 1988 wurde die erste Versammlung der Nationalen Koordination der Witwen Guatemalas (CONAVIGUA) von Maya-Frauengruppen aus verschiedenen Regionen des Landes abgehalten und damit deren Gründung offiziell gemacht. Die Ursprünge dieser Organisation lagen allerdings schon Jahre zurück. 1985 begannen in drei Departements (Quiché, Totonicapán und Chimaltenango) Frauen, die ihre Männer im Konflikt verloren hatten, sich zu Gruppen zusammen zu schliessen und die Unterdrückung der Maya-Völker aufzuzeigen. Ziel war es, die Bewegung und Aktionsweite der Frauen zu stärken, vor allem in den ländlichen Gebieten, um über individuelle und kollektive Rechte aufzuklären, in einem Kontext von extremer Armut, Menschenrechtsverletzungen, hoher AnalphabetInnenrate, ohne Zugang zum Gesundheitssystem, zur Justiz sowie Exklusion aus politischen Entscheidungsprozessen. Mitglieder von CONAVIGUA sagten als Zeuginnen bei der Wahrheitskommission (Kommission über die historische Wahrheit, CEH) aus und trugen somit dazu bei, dass die Taten von Völkermord und schweren Menschenrechtsverbrechen gegen Frauen und Kinder als Teil der Schlussfolgerung des Berichts „Guatemala. Memoria del Silencio“ bekannt wurden.

- **Juni 1990 Beginn der Begleitung des Nationalen Rats der Vertriebenen von Guatemala (CONDEG)**

Diese Organisation unterstützte die Rechte der intern Vertriebenen. Es ging darum, die Anerkennung dieser Gemeinden zu erreichen und sie bei ihrer Rückkehr in ihre Heimatorte zu begleiten. Auch die CPR, die Gemeinden der Widerstandsbevölkerung, waren Teil der Verhandlungen über die Rückkehr von vertriebener Bevölkerung. *pbi* begleitete die Ständigen Kommissionen der Flüchtlinge (CCPP) bei ihren Reisen von Mexiko nach Guatemala, wo diese die Verhandlungen über ihre selbstorganisierte Rückkehr begannen. Die ersten kehrten 1993 in den Ixcán zurück: 2500 Personen in 78 Bussen, begleitet von mehreren Organisationen und in etwa 100 internationalen Personen. Während des internen bewaffneten Konflikts wurden 1,5 Millionen Leute vertrieben, „dabei wollten einige dem Tod entgehen und gingen ins Exil, andere wollten ihr Leben retten, ohne das Land zu verlassen. Einige zogen in die Städte oder in andere Departements, wieder andere versteckten sich in den Bergen, wo unmenschliche Lebensbedingungen herrschten.“ (CEH, Band III, S. 212, spanische Version)

- **11. März 1991 Finca Olga Maria**

Im Februar 1991 begannen *pbi* aufgrund einer Anfrage von etwa 60 BäuerInnenfamilien zu begleiten, die aufgrund von Landkonflikten einen Teil der Finca Olga María besetzten. Trotz internationaler Begleitung kam es zur Räumung, die mit übermässiger Gewalt von Seiten der Polizei von statten ging. Eine der Anführerinnen, María Anavisca, Mutter von fünf Kindern, wurde von der Polizei ermordet. Drei Personen von *pbi* waren zugegen und somit Zeugen. Als Reaktion von Seiten der Regierung wurden 36 BäuerInnen festgenommen und die drei Freiwilligen von der Polizei abgeholt, ohne dass sie darüber informiert wurden, verhaftet zu sein. In Präsenz ihrer Botschaften wurden sie verhört. Um das Projekt in Guatemala zu sichern, blieb den drei Freiwilligen nichts anderes übrig, als das Land zu verlassen. *pbi* stellte dann das Geschehen in einer öffentlichen Mitteilung klar. Einige Wochen danach wurden die BäuerInnen freigelassen. In dem Bericht des damaligen Menschenrechtsombudsmann Ramiro de León Carpio wird die Schuld der Polizei zugesprochen.

- **22. November 1992 Begleitung von CERJ**

Almílcar Méndez war Vorsitzender des Rats der Gemeinden „Runujel Junam“ (CERJ), der etwa 6000 Personen umfasste, die sich gegen das gewaltsame Rekrutieren in die Selbstverteidigungspatrouillen (PAC) stellten. Seit seiner Gründung im Jahr 1988 wurde er von *pbi* begleitet. Allein in den ersten drei Jahren wurden 30 Mitglieder vom CERJ ermordet. 1992 zog Almílcar Méndez durch Europa, um die Menschenrechtsverletzungen publik zu machen. Er wurde deshalb vom Verteidigungsminister angezeigt, dem Image des Landes zu schaden. Als er auf dem Flughafen in Guatemala ankam, erwarteten ihn Freiwillige von *pbi*, begleitet von einer Delegation hochrangiger US-amerikanischer Beamter. Der gegen ihn vorliegende Haftbefehl wurde nicht ausgeführt. Sein Sohn José Manuel („Pepe“) Méndez Dardón wurde im Alter von 28 Jahren am 17. August 2007 ermordet, vermutlich aufgrund seines Wissens über illegale Machenschaften, die am internationalen Flughafen La Aurora, wo er arbeitete, geschahen. Noch heute ist das Verbrechen nicht aufgeklärt.

- **Begleitung Jennifer Harbury**

Auf der Suche nach ihrem verschwundenen Mann, dem Kommandant Guerillero, Efraín Bámaca Velásquez, gab die US-amerikanische Staatsbürgerin Jennifer Harbury 1994 eine Pressekonferenz, mit der sie ihren Hungerstreik beendete. Geheimdienstberichte ihrer Regierung gaben an, das Bámaca am 12. März 1992 durch die Armee gefangen genommen und anschliessend gefoltert wurde. Sie verlangte in den folgenden Jahren aktiv seine Freilassung, durch Anfragen und Hungerstreiks. Bei ihren Aufenthalten in Guatemala begleitete sie *pbi*. Am 11. November 2011 verlangte ein Beschluss des interamerikanischen Gerichtshofs der Menschenrechte, dass der Staat Guatemala den Fall untersuchen und die Verantwortlichen richten soll. Was bis heute noch nicht geschehen ist.

Im Jahr 1997 schloss das erste *pbi*-Projekt aufgrund positiver Fortschritte im Land. 2003 wurde das zweite Projekt begonnen.

2003 Wiedereröffnung der Guatemalaprojekts

Verschiedene Organisationen aus der ersten Etappe werden auch im zweiten Projekt begleitet. So zum Beispiel **CONAVIGUA**, bei deren Aktivitäten von Exhumierungen und Wiederbestattungen Freiwillige zugegen sind.

Im Jahr 2006 begann die Begleitung von **OASIS** (Organisation zur Unterstützung Integrierter Sexualität gegen Aids), nachdem am 17. Dezember 2005 die transgender Person und Sexarbeiterin Paulina ermordet wurde. Ihre Kollegin Zulma war dabei Zeugin und wurde schwer verletzt. Sie gab an, dass die Täter Polizeibeamte gewesen seien. OASIS stellte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Zulma und OASIS wurden in den folgenden Jahren von *pbi* begleitet. Auch andere Mitglieder des Kollektivs erlitten Bedrohungen, darunter der Direktor Jorge López. Er wurde 2008 fälschlicherweise wegen versuchten Mordes rechtlich belangt. Jorge López erklärt dies mit einer Intrige gegen ihn aufgrund seiner Menschenrechtsarbeit im LGTBI Sektor. Ein Jahr später wurde er wegen mangelnder Beweise frei gesprochen.

Man könnte die Liste der begleiteten Organisationen weiter führen: UVOC, Sector de Mujeres, CONAPAMG, San Juan Sacatepéquez ... oft Fälle, die Schlagzeilen machten und das nicht nur in Guatemala.

Ein trauriges Beispiel dafür ist die Ermordung des Menschenrechtsverteidigers **Carlos Hernández**. Er wurde am 8. März 2013, also vor genau einem Jahr, ermordet. Er war Mitglied der Nationalen Gewerkschaft für Gesundheit, der Nationalen Kampffront (FNL), der Koordination der populären, indigenen, kirchlichen, gewerkschaftlichen und BäuerInnen-Organisationen des Orients (COPIISCO) und der Vereinigung der camotekischen BäuerInnen. Letztere wurde von 2009 bis 2012 von *pbi* begleitet. Carlos Hernandez erhielt, wie andere des Vereins, während dieser Zeit unzählige Drohungen und wurde aufgrund seiner Arbeit fälschlicherweise strafrechtlich belangt und kriminalisiert.

2013 der Völkermord-Fall

Den weltweit als historisch bezeichneten Prozess gegen General José Efraín Ríos Montt hat *pbi* beobachtet und die Anwälte der KlägerInnen Edgar Pérez Archila und Santiago Choc Cú von der Vereinigung für die Justiz und Wiedergutmachung (AJR) begleitet.

Wie man deutlich am letzten Beispiel erkennen kann, ist die Suche nach Gerechtigkeit und nach einem Ende der Straffreiheit nicht beendet. Die guatemaltekischen MenschenrechtsverteidigerInnen haben noch viel Arbeit vor sich und so auch *pbi*. Hoffen wir, dass ein 40. Geburtstag im Land und in der Region (*pbi* ist dabei, ein Projekt in Honduras aufzubauen) nicht notwendig sein wird!

Hinweise der Redaktion:

Wer die Chance hat, nach Guatemala Stadt zu fahren, kann die Fotoausstellung noch bis zum 9. April besuchen. Ansonsten gibt es die Möglichkeit über den folgenden Link durch einige Bilder ein paar Eindrücke zu gewinnen.

<https://www.facebook.com/pbiguatemala/posts/223308767864228>

18. 03.2014, 19.30 h, Nürnberg, Friedensmuseum, Kaulbachstr. 2:

Ausstellungseröffnung „WOW – Wirksam ohne Waffen. Gewaltfrei intervenieren weltweit“

Des Weiteren wird noch im März die Ausstellung "WOW - Wirksam ohne Waffen – Gewaltfrei intervenieren weltweit" eröffnet. Das Friedensmuseum Nürnberg und der Bund für Soziale Verteidigung stellt auf Tafeln neben anderen internationalen Friedensorganisationen wie Shanti Sena, Balkan Peaceteam oder Nonviolent Peaceforce auch *pbi* vor. Die Ausstellung wird am 18. März, ab 19.30 Uhr im Friedensmuseum Nürnberg eröffnet und ist dort bis Ende Juli zu sehen. Danach kann sie ausgeliehen werden. Infos: www.friedensmuseum.odn.de/wow/index.htm

CICIG erhält weiterhin Unterstützung durch EU und UN

Guatemala Stadt, 20. Feb. - Die Europäische Union und die Vertretung der UN-Organisationen in Guatemala werden auch in den kommenden Jahren die Internationale Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG) unterstützen. Dafür werden von der EU im Rahmen der Zusammenarbeit in den Bereichen Konfliktprävention, Frieden und Sicherheit 4 Millionen Euro (ca. 44 Mio. Quetzales) bereitgestellt.

Das diesbezügliche Abkommen wurde auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben, an der EU-Botschafterin in Guatemala, Stella Zervoudakis, die UN-Vertreterin, Valerie Julliard, die Oberste Staatsanwältin, Claudia Paz y Paz, Innenminister Mauricio López Bonilla, der Vertreter des guatemaltekischen Justizsystems, Mynor Custodio Franco Flores, und der Leiter von CICIG, Iván Velásquez Gómez anwesend waren.

Zervoudakis erinnerte in ihrem Beitrag daran, dass laut Staatsanwaltschaft noch immer 70 % aller Straftaten nicht geahndet werden. Um diesen unhaltbaren Zustand zu verändern, wird die EU die seit 2007 bestehende, erfolgreiche Arbeit der CICIG politisch und finanziell unterstützen. Es bedürfe einer nationalen Kooperation mit den entsprechenden Institutionen, wobei Zervoudakis die Arbeit von Claudia Paz y Paz hervorhob; beispielsweise bei der Einrichtung der Abteilung für Analysen oder der fortschreitenden Regionalisierung der Staatsanwaltschaften, den Ermittlungen gegen Geldwäsche usw.. Auch die UN-Vertreterin, Valerie Julliard, unterstrich ihre Hilfe bei der Entwicklung eines Rechtsstaates in Guatemala.

Claudia Paz y Paz strich die große Bedeutung der Arbeit von CICIG heraus, da sie zu einer besseren Koordination innerhalb der Justizsektoren beitrage. Innenminister López Bonilla hob hervor, dass CICIG auch das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Thematik der Straffreiheit geschärft habe, nannte jedoch auch deren Arbeit gegen Parallelstrukturen. Jeder Cent, der an die CICIG gehe, führe dazu, dass sich die Funktionäre des Staates ihrer moralischen Verpflichtung in diesem Bereich vergewissern müssten. Der Vertreter der Justiz, Franco Flores, sagte, dass auch die RichterInnen von der besseren Koordination der Justizsektoren profitieren würden, da sie damit viel besser Recht sprechen könnten.

Der CICIG-Leiter Velásquez Gómez sagte, dass die Justizarbeit permanent überwacht und kritisch begleitet werden müsse. Die Anstrengungen, die im Moment von Staatsanwaltschaft (MP) und Innenministerium unternommen würden, sei eine Art Feldzug gegen die Straffreiheit. Positiv bewertete Velásquez Gómez die Liste der KandidatInnen der Obersten Wahlkommission (TSE). Bei deren Erstellung hatten die Fachkenntnisse wie auch die Integrität und die Ehrbarkeit die Rolle erhalten, die nötig ist. Wie alle anderen RednerInnen auch, bedankte er sich bei der Unterstützung durch die EU.

Neun mutmassliche Zeta-Mitglieder wegen des Massakers von Los Cocos, Peten zu je 100 Jahren Haft verurteilt

Guatemala Stadt - 20 Feb. - Das Massaker vom 14. Mai 2011 an 27 BäuerInnen auf der Finca Los Cocos, Peten, ist aufgeklärt. Neun mutmassliche Mitglieder der Zeta, darunter drei Mexikaner, wurden deswegen zu 106 Jahren Haft, Edwin Otoniel Sis de León sogar zu 114 Jahren, verurteilt. Die Verurteilten müssen zudem jeweils 75.000 Quetzales Strafe an die Justizorgane zahlen. Die Ermittlungen konnten unter anderem dadurch erfolgreich abgeschlossen werden, da Sis de León selbst in einem abgehörten Telefonat mit seiner Freundin seine Beteiligung an dem Massaker eingestanden hatte. Zudem waren die bei den Beschuldigten gefundenen Waffen nachweisbar bei dem Massaker verwendet worden.

AktivistInnen und JournalistInnen leben weiterhin gefährlich

Guatemala Stadt, 22. Feb. - Beruhend auf den Zahlen der Vereinigung zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen (UDEFEQUA) berichtet siglo21 über die Zahl der Angriffe gegen AktivistInnen. Sie lag 2013 bei 657, knapp 300 von ihnen standen in Zusammenhang mit der Aufarbeitung der neueren Geschichte, was sich Karla Campos von der GAM mit dem Prozess gegen Ríos Montt erklärt. AktivistInnen wie Mario Itzep von der Monitoring-Stelle für indigene Völker (OPI) werfen der aktuellen Regierung eine Mitschuld vor.



Derweil hat in Bezug auf die Pressefreiheit eine Delegation der Interamerikanischen Kommission für Pressefreiheit die diesbezüglich schlechte Lage in Guatemala scharf kritisiert. Durch Anordnungen des Präsidenten sowie der Vizepräsidentin habe die Regierung einen erheblichen Anteil an dieser Situation. Im Jahre 2013 sind vier JournalistInnen ermordet worden. Die Delegation geht davon aus, dass neben den Gruppen der Organisierten Kriminalität staatliche Stellen, vor allem auf dem Land, gegen unliebsame Berichterstattung vorgehen. Die Delegation hatte in den fünf Tagen die Gelegenheit mit allen relevanten Personen aus Politik (inkl. Präsident Pérez Molina und Vizepräsidentin Baldetti), Justiz (u.a. Frau Paz y Paz und der Menschenrechtsombudsmann Jorge de León) und Presse zu sprechen.

US-Kongress macht den Weg frei für Entschädigungen der Opfer des Chixoy-Staudamms

Washington, 16. Jan.

Auch wenn es schon ein paar Wochen her ist: Von der US-amerikanischen Organisation International Rivers erreichte uns über die britische Guatemala-Solidarität die Information über einen Erfolg der vom Chixoy-Staudamm betroffenen Maya-Gemeinden. Im Folgenden die Übersetzung der gemeinsamen Erklärung von International Rivers und der guatemalteki-schen Repräsentanten der Betroffenen (siehe im Original: <http://www.internationalrivers.org/campaigns/chixoy-dam>)

Rückblick:

Anfang der 1980er Jahre baute das guatemalteki-sche Militär, ko-finanziert von Weltbank und Interamerikanischer Entwicklungsbank, den Chixoy-Staudamm. Dadurch wurden 3.500 Maya-Bewohner zwangsweise umgesiedelt. 6.000 Familien, die dort lebten, erlitten den Verlust an Land und Lebensmöglichkeiten. Sobald die BewohnerInnen die Form der Wiederansiedlung ablehnten oder Entschädigungen verlangten, wurden sie massakriert, gefoltert oder entführt. Über Jahre haben die Überlebenden in extremer Armut gelebt, aber sie haben nie aufgehört, für ihre Rechte zu kämpfen.

Vor circa 20 Jahren haben sie erstmals Entschädigungen verlangt. Sie wurden im Jahre 2005 argumentativ unterstützt durch das sog. „Chixoy Dam Legacy Issues Study“, welches zu dem Schluss kam, dass der Bau des Damms zahlreiche Leben forderte, Land vernichtete und die Existenzgrundlage der Menschen. Sie forderte die Aufnahme eines Verhandlungsprozesses zwischen der Regierung, den Gemeinden und den Finanzgebern, die zu einem verbindlichen Vertrag führen sollte. Nach einigen Versuchen unterzeichneten Gemeinden und Regierung im September 2006 eine Vereinbarung, mit den Verhandlungen um Entschädigungen zu beginnen, an der auch die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank unter Vermittlung von Vertretern der Organisation Amerikanischer Staaten beteiligt waren.

Am 10. April 2010 wurde dieser Prozess endlich vorläufig durch die Unterzeichnung des Reparationsplans für die Schäden durch den Chixoy-Staudamm beendet. Er beinhaltet u.a. die Zahlung von Schadenersatz in Höhe von 54,4 Mio. \$, den Bau von 191 Häusern in der Gemeinde von Pacux, ein Waisenhaus, die Sanierung von 254 Häusern in anderen Gemeinden, die Verbesserung der Straßen, der Wasserversorgung und andere Infrastrukturprogramme. Der Präsident Guatemalas entschuldigt sich für die damaligen Vorkommnisse, die Gemeinden erhalten Zugang zu den entsprechenden Dokumenten im Historischen Archiv der Nationalpolizei. Schließlich wird es einen Managementplan für Chixoy geben, bei dem es neben einem integrierten Wassermanagement auch Wiederaufforstungsmassnahmen und ökologische Verbesserungen in dem Gebiet geben soll.

Das Problem war nur, dass die Regierung diesen Vertrag für nicht bindend erklärte und damit ihre Erfüllung nicht sicherstellte.

Überraschender Beschluss des US-Kongresses

Nun geschah im US-Kongress am 16. Januar 2014 etwas Überraschendes. Das Parlament verabschiedete ein Gesetz, das die US-Direktoren der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank anwies, „über die Schritte zu berichten, die diese Institutionen für die Umsetzung des Planes in die Wege leiteten.

„Wir sind sehr glücklich über diese Nachricht. Wir haben seit 1995 Reparationen gefordert und nun erhalten wir diese guten Neuigkeiten. Wir hoffen, dass Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank, wie auch die Regierung nun endlich das Richtige tun und diesen Vertrag unterzeichnen und mit deren Umsetzung beginnen“, sagte Carlos Chen Osorio, Mitgründer der Vereinigung für Integrale Entwicklung der Gewaltopfer Maya Achí (ADIVIMA) und Direktor der Koordination der vom Chixoy-Wasserkraftwerk betroffenen Gemeinden (COCAHICH). „Wir fühlen, dass wir nicht allein sind und danken all jenen, die sich für unsere Ziele engagiert haben.“

Und International Rivers schreibt: „Wir wissen, dass gute Regierungsarbeit weder die Opfer der zerstörerischen Wasserkraftwerke zurückbringen, noch die letzten intakten Flüsse schützen werden, von denen die Menschen abhängen. Doch nun feiern wir die lang ersehnte Gerechtigkeit und die internationale Solidarität. Wir werden weiterhin die Anstrengungen von COCAHICH unterstützen, um die Regierung zu einer verbindlichen Unterschrift zu zwingen. Wir werden weiter mit den Gemeinden zusammenarbeiten, um die Umsetzung des Reparationsplans von Seiten der Banken zu überwachen. Wir danken allen, die Teil des Sieges des Volkes der Achí sind.“

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6